



Bis in eine Tiefe von 15 Metern ist der Boden verschmutzt: Auf dem Raduner Areal in Horn, wo die Textilfabrik Raduner & Co. AG während über 100 Jahren produzierte, gelangten ab den 1950er-Jahren vor allem chlorierte Kohlenwasserstoffe in den Untergrund. Nach der Stilllegung der Textilfabrik 1989 mussten die Altlasten aufwendig und kostspielig saniert werden. Bild: Urs Bucher (Horn, 22.04.2014)

Samthandschuhe gegen Umweltsünder

Unachtsam den Dorfbach verschmutzt oder Pneus im Wald entsorgt: Doch wer der Natur schadet, hat meist wenig zu befürchten.

Sandro Büchler

Der Bauführer einer Tiefbaufirma lässt im März vor einem Jahr Betonabwasser bei der Wohnüberbauung Steigrüti in Lichtensteig auf die Wiese nebenan laufen – dort versickert es. Auch in den Bach gelangt das Dreckwasser. «Im verschmutzten Fliessgewässer kam es zwar zu keinem Fischsterben, aber der pH-Wert von 12,5 überstieg den erlaubten Höchstwert von 9 deutlich», schreibt die St.Galler Staatsanwaltschaft mehr als ein Jahr nach dem Vorfall im Strafbefehl. Der 61-jährige habe billigend in Kauf genommen, gegen das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer zu verstossen. «Damit handelte er zumindest eventualvorsätzlich.» Der Mann wird zu einer bedingten Geldstrafe und einer Busse von 12 000 Franken verurteilt.

Fahrlässig handelt hingegen ein Mitarbeiter einer Käserei im Umland von Gossau im April dieses Jahres. Er vergisst, einen Hahn zu schliessen. Deshalb laufen 3000 Liter Molke aus und verschmutzen einen Bach. Das Gewässer wird milchig, schäumt auf. Weil der Geschäftsführer den Namen des Verursachers nicht rausrücken will, wird die Käserei Anfang September mit 3000 Franken gebüsst.

Der tote Hirsch und verbrannter Abfall

Dies sind zwei Fälle, die zeigen, wie in der Ostschweiz Umweltgesetze missachtet werden. Und

es sind wegen der vergleichsweise hohen Busse Ausnahmen. Denn häufig werden die Gesetzesübertretungen milde bestraft. Das zeigt eine Sammlung der Umweldelikte, welche die Kantone dem Bund gemeldet haben. Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz konnte CH Media die Daten einsehen und auswerten.

Die in der Sammlung beschriebene Umweltkriminalität hat viele Facetten. Sie reicht von in einem Moor ausgebrachter Gülle über widerrechtlich verbrannten Abfall und während der Schonzeit geschossene Hirsche bis hin zu im Wald entsorgten Pneus. Auch kuriose Fälle sind aufgelistet: etwa Motocrossfahrer in einem Naturschutzgebiet oder das widerrechtliche Abtragen eines Biberdammes.

St. Galler Kantonsrat befasst sich mit Umweltgesetzen

Was die Fälle eint: Meist sind die Bussen tief. Sie bewegen sich grösstenteils im dreistelligen Bereich. So schmerzen die Bussen wenig und zeigen in der Praxis oft wenig Wirkung. Das verdeutlicht ein Fall aus Arnegg: Ein 57-jähriger Chauffeur hatte dort im Mai 2020 schludrig mit Heizöl hantiert. Hunderte Liter Öl flossen in einen Bach. Der Mann wurde zu einer unbedingten Geldstrafe von 7000 Franken verurteilt.

Dass er bereits zuvor zweimal wegen des Verschmutzens der Umwelt – ebenfalls wegen unvorsichtigen Umgangs mit

Heizöl – gebüsst wurde, hatte ihn offensichtlich wenig beeindruckt.

Dass Umweltsünder vielfach mit Samthandschuhen angefasst werden, hat die Politik auf den Plan gerufen. Der St.Galler Kantonsrat behandelt in der heute beginnenden Septembersession zwei Vorstösse zum Umweltrecht. Das Standesbegehren der Grünen will die im Verwaltungsrecht vorgesehene Höchststrafe für Umweldelikte von 5000 Franken anheben. Die Regierung unterstützt den Vorstoss.

Auslöser dafür ist die Aufdeckung eines Umweltskandals in Goldach im Frühjahr. Vom Areal des Verpackungskonzerns Amcor war Ende 2020 und Anfang 2021 zweimal giftiger Löschschaum in den Bodensee geflossen. Der Schaum enthielt die seit 2011 verbotene Substanz Perfluoroctansulfonsäure (PFOS).

Für Empörung sorgte die milde Busse. Obwohl das Unternehmen das Trinkwasser von rund fünf Millionen Menschen gefährdet hatte, sprach die St.Galler Staatsanwaltschaft eine Busse von 5000 Franken und eine Ersatzforderung über 28 000 Franken für die ersparten Entsorgungskosten aus. «Zwecks Vereinfachung der Strafuntersuchung» hatte die Staatsanwaltschaft das Verwaltungsstrafrecht angewandt.

Fehlende Zahlen beim Verwaltungsstrafrecht

Das Standesbegehren will nun den Handlungsspielraum beim Bussgeld ausweiten. Dabei wird

das Verwaltungsstrafrecht nur in Ausnahmefällen angewandt: etwa, wenn wie im Fall Amcor nicht mehr nachzuvollziehen ist, wer die Umweltverschmutzung verursacht hat oder – wie im eingangs erwähnten Fall der Käserei – der Schuldige innerhalb eines Betriebs nicht benannt werden will.

Es ist zudem unklar, wie häufig überhaupt bei Umweldelikten das Verwaltungsstrafrecht beigezogen wird. Weder die St.Galler Staatsanwaltschaft, noch die Bundesämter für Umwelt, Justiz und Statistik konnten auf Anfrage von CH Media Zahlen nennen. Denn ins Strafregister werden nur natürliche Personen eingetragen. Aus diesem Grund habe man keine Angaben dazu, wie häufig das Verwaltungsstrafrecht zur Anwendung komme, heisst es beim Bund. Was jedoch Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen: Die Mehrheit der Umweltvergehen wird schweizweit via Gewässerschutzgesetz, Umweltgesetz oder das Jagdgesetz geahndet.

99 Fälle im Kanton St. Gallen, 41 im Thurgau

Doch neben der Höhe der Bussen geben auch die Ressourcen der Strafverfolgungsbehörden im Kantonsrat zu reden. Daniel Bosshard, Kantonsrat der Grünen, fordert eine Spezialisierung der Staatsanwaltschaft auf Umweldelikte. Im Kanton St. Gallen fehle den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten das entsprechende Fachwissen bei den beson-

ders komplexen Rechtsfragen im Umweltbereich. Die Regierung kündigte im Juni an, im Rahmen eines Projektauftrags die Schaffung einer spezialisierten Stelle zu prüfen.

In den Kantonen Bern und Zürich, die spezialisierte Staatsanwälte für solche Delikte beschäftigen, ermittelten die Behörden vergangenes Jahr in 287 respektive 184 Fällen. An diese Zahlen kommen die Ostschweizer Kantone nicht heran, wie die Auswertung des Bundesamts für Umwelt aufzeigt. 2021 wurden im Thurgau 41 Fälle von Umweldeliktvergehen verfolgt – deutlich mehr als in den Jahren zuvor. Im Kanton St. Gallen wurden 99 Umweltsünder verurteilt, ebenfalls ein Plus zu den Vorjahren. Anders die Situation in den beiden Appenzeller Kantonen. Dort schwankt die Zahl der aufgedeckten Umweldelikte. So hat die Innerrodher Justiz im Jahr 2017 nur gerade einen Fall bearbeitet. Immerhin 27 Verurteilungen waren es 2012 im Kanton Appenzell Ausserrhodan, 2021 waren es noch sieben Fälle.

Und längst nicht immer findet sich bei Umweltvergehen der oder die Schuldige. Wie etwa in Egnach. Wie dort 2019 PFOS in den Boden einer Wiese kam, bleibt ungeklärt. Das Verfahren ist laut Oberstaatsanwalt Marco Breu sistiert. «Die Staatsanwaltschaft hat sämtliche, erfolgversprechende Untersuchungsansätze ausgeschöpft und konnte bislang den Grund der Schadstoffbelastung nicht klären.»

Anzahl Strafsentscheide wegen Umweldelikten In den Ostschweizer Kantonen

